Fred Kautz
Dieburger Str. 16
64287 Darmstadt

Tel 06151 / 97 95 46

Herrn
Oberbürgermeister Walter Hoffmann
Neues Rathaus
Luisenplatz 5 A

D-64225 Darmstadt

Darmstadt, den 5. Dezember 2005

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

„Rom brennt und Nero fiedelt!“ Der Nazispuk in den Darmstädter Ehrengräbern geht durch die Presse und das Ansehen der Wissenschaftsstadt leidet darunter. Derweilen beschönigen, relativieren und differenzieren Stadtarchivar Engels und Stadtrat Feuchtinger bis zum Gehtnichtmehr und darüber hinaus.

Am 29. November Engels dem *Neuen Deutschland* gegenüber:

> Der Fall Simon sei strittig: Klar Simon war in der NSDAP, und auch eine Dirigentenposition beim Kammerorchester des „Kampfbundes für deutsche Kultur“ habe er innegehabt. Doch dass er ein „großer Obernazi“ gewesen sein soll, dafür gebe es „keine Belege“.

Und Feuchtinger am 2. Dezember in der *Frankfurter Rundschau*:

> Die NSDAP-Mitgliedschaft Simons „beweise nicht, dass Simon aktiv an der Vertreibung jüdischer Lehrer von der Akademie [für Tonkunst] beteiligt war. [...] Man müsse unterscheiden, ob jemand „willfähriger NS-Genosse“ gewesen sei oder Verbrechen begangen habe. „Verbrecher haben kein Recht auf ein Ehrengrab.“

Bei der Überreichung der über 1000 Unterschriften von Personen, die Aufklärung darüber verlangen, was unter den Grabplatten der Ehrengräber schlummert, stellten Sie die rhetorische Frage: „ Darf heute ein Nazi ein Ehrengrab kriegen?“ um sie postwendend selbst zu beantworten: „Nein, in dieser Stadt nicht!“ Das hörte sich nach einer kompromisslosen definitiven Verlautbarung an, so wie: Rom hat gesprochen, der Fall ist erledigt, Nazis darf man nicht ehren, Schluss damit!

Doch nun rudert die Stadt mächtig zurück. Wenn ich Stadtarchivar Engels richtig verstanden habe, dann verbietet es sich, „große Obernazis“ (Hitler, Himmler usw.) zu ehren, während im Falle niederer und mittelgroßer Nazichargen nichts dagegen einzuwenden ist. Und Feuchtinger, nachdem er verlautbaren ließ: „Wer in Darmstadt damals eine maßgebliche Rolle als Nationalsozialist gespielt hat“ – was bei Hans Simon der Fall war, da er sich der Gleichschaltung der Akademie mit Eifer widmete – „hat kein Ehrengrab verdient“, übt sich seit neuestem in Nachsicht und ist überhaupt nicht mehr nachtragend, so dass er es im Nachhinein durchaus okay findet, wenn die Stadt für die Bepflanzung, den Grabschmuck und die Auffrischung der Inschrift des „Ehrengrabes“ eines „willfährigen NS-Genossen“ wie Simon es war, weiterhin sorgt.

Kurz, was auch immer man der Stadt vorlegt, es reicht niemals aus, um den Magistrat dazu zu bringen, die Gräber dubiöser, verblichener Söhne und Töchter der Stadt, in deren Biographien man unverhofft auf braune, teils tiefbraune Flecken stößt, von der Liste der Ehrengräber zu streichen. This is Germany, in diesem Land wird es immer einen Gartenbaudirektor, einen Stadtarchivar und Stadträte geben, die sagen: „Ich bin nicht davon überzeugt, ob die Belege [...] ausreichen“, ohne sich mit der Sache überhaupt auseinandergesetzt zu haben, wie z.B. Stadtarchivar Engels. Im *Echo*-Artikel vom 5. November gibt er ohne Umschweif zu, „er habe nie Nachweise oder Recherche-Ergebnisse von Kautz in Händen gehabt“, behauptet aber trotzdem mit einer Sicherheit ohnegleichen, dass „alle Vorwürfe von Kautz ‚nicht bewiesen’ seien“. Drei Wochen später, vom *Neuen Deutschland* befragt, sagt er ganz cool, als könne ihn nichts umwerfen: „Klar, Simon war in der NSDAP.“ Woher will er das wissen, wenn nicht von meinen Recherche-Ergebnissen, von denen ihm in der Zwischenzeit einige als Anlage zu einem offenen Brief, einschließlich einer Kopie der NSDAP-Mitgliedskarteikarte Simons aus den Beständen des ehemaligen Berlin Document Center (BDC) zugesandt worden waren? Er selbst hatte nämlich nie Recherchen in diese Richtung angestellt.

Der Artikel vom Oktober 1933 in der biographischen Mappe im Stadtarchiv, in dem der Musikkritiker Dr. R. Erckmann von der *Darmstädter Zeitung* ekstatisch drüber berichtet, wie Simon eine einstmals liberale Musikakademie in einen „straff geformten“ teuto-manischen Klangkörper umwandelte, weckt zwar den Verdacht, dass Simon in der NSDAP war, Gewissheit darüber verschaffte jedoch erst ich, indem ich, gemäß dem Forschungsauftrag der Stadt im Bundesarchiv nachfragte.

Nun gut, einem Stadtrat Feuchtinger sind die Belege immer noch nicht stichhaltig genug, d.h. er möchte gerne mehr sehen. Schade, wenn es nach mir gegangen wäre, hätte der Stadt jetzt in strittigen Fällen viel mehr belastendes Material vorgelegt werden können. Nehmen wir den Fall Simon als Beispiel. Er verweist auf hochinteressante Weise auf das Spruchkammerverfahren von Winifred Wagner, und zwar aus folgendem Grund: Während Simon als kommissarischer Leiter in der Akademie für Tonkunst „aufräumte“, wurde dort Hofrat Paul Ottenheimer aus „rassischen“ Gründen seines Amtes als Korrepetitor der Opernschule enthoben. Er war ein Protegé Winifred Wagners und überlebte deshalb die Inhaftierung in Theresienstadt, weshalb er und seine Tochter Susi als Hauptentlastungszeugen im Spruchkammerverfahren der Gönnerin ausführlich verhört wurden, so dass man in den Protokollen eventuell auch nähere, d.h. Hans Simon belastende Information über die Umstände von Ottenheimers Entlassung finden könnte. Als ich für die Stadt an der Sache arbeitete, war mir der Zusammenhang zwischen dem Fall Simon und dem Spruchkammerverfahren von Winifred Wagner durchaus geläufig. So stellt sich die Frage, weshalb bei den Dokumenten, die ich seinerzeit zum Fall Simon bzw. auch zum Fall Ottenheimer zusammengetragen hatte, keine Auszüge aus den Verhören von Paul und Susi Ottenheimer befinden. Desgleichen, warum enthalten die von mir gesammelten Materialien

keine Auszüge aus Hans Simons Spruchkammerakte? Man wird mich doch wohl nicht daran gehindert haben, meiner im *Neuen Deutschland* hochgepriesenen Witterung zu folgen. Nicht in dieser Stadt, die dem Fremden schon am Ortseingang auf Schildern und auf offiziellen Briefbögen verkündet, dass sie eine Wissenschaftsstadt ist. Aber ganz genau weiß man es nicht. Und die Schweigepflicht, der ich immer noch unterstehe, untersagt es mir darüber zu reden. Ich bitte Sie daher an dieser Stelle ganz formal, mich im Interesse der Aufklärung von dieser mir auferlegten Pflicht zu befreien. Es wird jetzt viel in der Presse über mich geredet, wobei von Seiten der Stadt meine ihr erbrachten Leitung geschmälert werden, so dass es der Fairness halber notwendig ist, dass ich unzensiert zu Wort komme. Es muss mir doch wohl erlaubt sein, mich zu verteidigen.

Da Sie während der OB-Wahl für mehr Offenheit plädierten, gehe ich davon aus, dass Sie Verständnis dafür haben.

Mit freundlichen Grüßen,

Fred Kautz